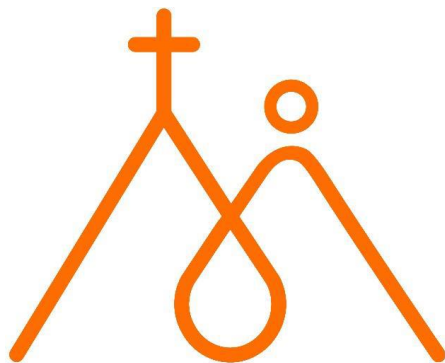


**Niederschrift über die 5. Kreissynode
des Ev. Kirchenkreises Siegen-Wittgenstein**

am 03. Dezember 2025 in Wilgersdorf

Protokollantin: Pfrn. Rebecca Müller, Scriba



**Evangelischer
Kirchenkreis
Siegen-Wittgenstein**

TOP 1 Synodenbeginn

Supn. Grünert begrüßt um 9.03 Uhr die Anwesenden und leitet zur Andacht über.

TOP 2 Andacht zur Synode (Pfrn. Lea Klaas, Kgm Kaan-Marienborn)

Die Andacht hält **Pfarrerin Lea Klaas**. Die Synode beginnt mit dem Lied „Und ein neuer Morgen“. Die Synode liest gemeinsam Psalm 24 und stimmt zwei Strophen von „Macht hoch die Tür“ an. Sie bedenkt in ihrer Andacht die Jahreslosung für das Jahr 2026: „Siehe ich mache alles neu!“ Sie beschreibt die Ambivalenz zwischen „Ja, bitte, es soll sich etwas ändern“, aber „Doch bitte nicht zu viel“. Etwas neu zu machen, sinniert sie, kann bei vielen Interessen schwer sein, zu Resignation führen, nicht nur in der Kirche, sondern in vielen Bereichen. Wenn etwas neu gemacht werden muss, dann bitte mit Bedacht, regt sie an, und lenkt den Blick zugleich auf die Adventszeit, das Kommen des Retters, der in Umständen zur Welt kam, die auf den ersten Blick nichts Neues verhiessen. Doch: „Gott ist ein Meister des Neustarts“. Er zeige uns, dass neu zu starten, richtig gut werden kann und er spricht uns zu, an unserer Seite zu bleiben, auch durch Scherbenhaufen hindurch bis zum nächsten Neustart. Denn wir sind keine Meister des Neustarts. Aber wenn Gott das sagt: „Siehe ich mache alles neu“, dann wird es gut. So wie letztes Mal. Darauf können wir vertrauen, schließt sie. Die Synode singt zwei weitere Strophen des Liedes „Macht hoch die Tür.“ Pfr. Lea Klaas spricht abschließend das Fürbittengebet.

Die Kollekte wird für die Diakonie Katastrophenhilfe gesammelt.

Die Kollekte ergibt einen Betrag von 830,93 Euro.

TOP 3 Eröffnung der Synode

3.1 Begrüßung

Supn. Grünert eröffnet um 09.20 Uhr offiziell die Synode und dankt für die Andacht.

Sie begrüßt Herrn **Michael Scheffe**, Pastoralreferent im Dekanat Siegen, **LKR Dr. Jan-Dirk-Döhling**, der später zur Synode dazustoßen wird, sowie **Holger Weber** als Vertreter der Presse von der Siegener Zeitung ebenso die Anwesende aus dem Haus der Kirche, die die Synode vorbereitet haben, und dankt für Ihren Dienst und schließt darin auch die Jugendbildungsstätte inkl. der Technik mit ein.

Die Synode erhebt sich zum Totengedenken für **Pfr. i.R. Hans-Joachim Meinzer**, Diakon **Henning Klaus**, Kirchenverwaltungsoberrat **Horst Hintz** und Erzieherin **Stefanie Böhmer**. Supn. Grünert spricht ein Gebet.

Sie leitet zur Prüfung der Anwesenheit über und erläutert die Vorgehensweise.

3.2 Anwesenheit

Scriba Pfrn. Müller prüft die Anwesenheit.

3.3 Grußwort EKvW

Verschoben nach TOP 7

Dr. Jan-Dirk Döhling hält sein Grußwort. Er verweist auf ein Bild von Konrad von Soest, der einer der ersten namentlich erwähnten westfälischen Maler war und die erste Brillendarstellung nördlich der Alpen gemalt habe. Die Synode kann das Bild betrachten. Dazu Dr. Jan-Dirk Döhling: Konrad von Soest hat die Brille dem Heiligen Petrus auf die Nase gesetzt. Es böte sich ein Kalauer über die Kurzsichtigkeit von Leitungspersonen an, sagt er schmunzeln. Viel wichtiger sei aber, betont er, die Art und Weise wie der Heilige Josef im Bild dargestellt ist: Hier ist er derjenige, der auf die Knie geht, ins Feuer pustet, eine Suppe für Jesus und Maria kocht. Zum Glück müssen wir das Weihnachtswunder nicht selbst herstellen, ergänzt Dr. Döhling. Wir können es wie Josef machen. Ins Feuer pusten. Das Feuer weitergeben, nicht die Asche. Auf dem Bild sehe man außerdem ein Loch im Dach. Durch die Löcher kann man den Himmel offen sehen und die Engel. Diese Perspektive muss man sich schenken lassen, betont Dr. Döhling. Er schließt mit einem Wunsch: Ich wünsche Ihnen und uns Gottes Segen für den Rest des Nachmittags.

Supn. Grünert dankt LKR Dr. Jan-Dirk Döhling für sein Grußwort.

3.4 Grußwort Partnerkirche Tansania Sup. Simon Mbapa

Verschoben nach Top 3.5

Die Synode hört ein Grußwort, das von **Superintendent Simon Mbapa** per aufgezeichneter Videoeinspielung vorgetragen und zugleich von Pfrn. Christine Liedtke in deutscher Übersetzung vorgetragen wird. In seinem Grußwort dankt der Superintendent für den Segen Gottes, der sich auch in der Verbundenheit der Kirchenkreise zeige. Konkret nennt der den lebendigen Austausch, das gemeinsame Singen und die Treffen beispielsweise in Zoom-Konferenzen. Er dankt für den Besuch im Jahr 2024. Es sei eine Freude gewesen, gemeinsam zu beten und zu singen. Er spricht auch einige konkrete Projekte an wie die Wasserversorgung und die Bereitstellung von Motorrädern für Pastoren. Er dankt für die geschwisterliche Beziehung und begrüßt herzlich und schließt mit einem Segenswunsch.

3.5 Organisatorisches

Supn. Grünert erläutert das Vorgehen bei den Anträgen. Sie weist auch noch auf den Büchertisch im Foyer hin. Sie erklärt, dass die Synode öffentlich ist.

Die Synode erhebt sich für das Gelöbnis derer, die erstmals an einer Synode teilnehmen. Acht Synodale legen ihr Gelöbnis ab.

Die Prüfung der Anwesenheit ergab, dass 113 stimmberechtigte Synodale anwesend sind. Die Synode ist beschlussfähig, wenn 2/3 ihrer stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Dies ist bei 98 Mitgliedern der Fall. Somit ist die Synode beschlussfähig. Supn. Grünert weist darauf hin, dass diejenigen, die die Synode früher verlassen müssen, ihr Namensschild bei **Scriba Pfrn. Rebecca Müller** abgeben.

Sie weist auf die Ausstellungen im hinteren Raum hin sowie auf den Büchertisch im Foyer und den Stand des Eine-Welt-Ladens.

Beschluss Nr. 1.:

Die Synode stimmt der Beschlussfähigkeit einstimmig zu.

Beschluss Nr. 2:

Die Tagesordnung wird einstimmig mit der Änderung der Formulierung des Beschlusses unter TOP 12.1 angenommen.

Beschluss Nr. 3:

Die Synodalen verzichten auf ein Tagegeld. Fahrtkosten, tatsächlich entstandene Lohnausfälle und nachgewiesene Kosten im Zusammenhang mit der Teilnahme an der Synode werden aus der Kreissynodalkasse erstattet. Einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

Beschluss Nr. 4:

Die Synode beschließt einstimmig, dass Gästen das Rederecht erteilt werden kann.

TOP 4 Bericht der Superintendentin

Synodalassessor Jochen Wahl übernimmt die Leitung.

Supn. Grünert weist darauf hin, dass es üblicherweise meist nur auf der Sommersynode einen Bericht gebe. Dennoch hält sie auch auf dieser Herbstsynode einen Bericht und hält sich offen, dies auch in Zukunft zu tun. Sie strukturiert ihren Bericht in drei Punkten: 1. Was bleibt eigentlich noch?, 2. Was wir immer noch sind., 3. Ausblick: Was kommt?

Was bleibt eigentlich noch?

Superintendentin Kerstin Grünert eröffnet ihren Bericht mit der leitenden Frage: „Was bleibt eigentlich noch?“ Sie betont, dass diese Frage aus einer Mischung von Erschöpfung, Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit heraus entstehe.

Vieles habe in der vergangenen Zeit gefordert, manches überrascht, anderes uns fast überholt. Entscheidungen hätten schneller getroffen werden müssen, als es angenehm

gewesen sei, und Wege, die früher selbstverständlich funktioniert hätten, trügen heute nicht mehr. Auch langjährig tragende Strukturen seien brüchig geworden.

Gleichzeitig unterstreicht Superintendentin Grünert, dass der Kirchenkreis nicht stehengeblieben sei. Die Frage „Was bleibt?“ sei ausdrücklich keine Frage der Resignation, sondern eine geistliche Frage. In diesem Zusammenhang verweist sie auf das Wort des Paulus: „Nun aber bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei.“ Paulus benenne damit den Kern dessen, was christliches Leben ausmache.

Am Ende stehe daher nicht die bange Frage, ob man überhaupt noch Kirche sei, sondern die Frage, woran erkennbar werde, dass man Kirche sei. Superintendentin Grünert erläutert, dass dies nicht an der Fülle der Angebote oder an Zahlen festzumachen sei, sondern daran, dass Glaube, Hoffnung und Liebe sichtbar würden – mitten im Alltag, der oft eng sei und weit entfernt von idealen Bedingungen.

Mit diesem Blick richte sich der Fokus auf das, was die Kirche trotz allen Wandels bleibe. Superintendentin Grünert sagt, dass der Kirchenkreis weiterhin eine Kirche sei, die glaube, hoffe und liebe – eine Gemeinschaft, die sich auf Gott verlasse, auch dann, wenn Wege unklar würden.

Was wir immer noch sind

Im weiteren Verlauf betont Superintendentin Grünert, dass nicht allein der Verlust das kirchliche Leben präge. Tragend sei vielmehr das, was miteinander gelebt werde. Der Kirchenkreis sei eine Kirche im Wandel, zugleich aber eine Kirche, die bleibe, weil Menschen glauben, hoffen, lieben und Verantwortung übernehmen.

Für das Jahr 2025 hebt sie hervor, dass große Entfernungen kein unüberwindbares Hindernis darstellen müssten. Absprachen seien selbstverständlicher geworden, neue Verbindungen entstünden und führten dazu, dass man näher zusammenrücke. Der Kirchenkreis sei unterwegs, gehe diese Wege jedoch bewusst gemeinsam. Genau dies stifte Gemeinschaft.

Superintendentin Grünert bezeichnet den Kirchenkreis weiterhin als eine starke Kirche. Sie räumt ein, dass diese Aussage Kritik hervorgerufen habe, deutet dies jedoch als Zeichen von Resonanz. Kirche werde noch gehört und habe Bedeutung – gerade dann, wenn Menschen sich an ihr reiben. Sie verweist auf die große Zahl engagierter Menschen im Raum und betont, dass Kirche ihnen wichtig sei. Im Austausch mit anderen Superintendentinnen und Superintendents werde ihr immer wieder bewusst, wie hoch das öffentliche Interesse an Kirche im Kirchenkreis Siegen-Wittgenstein weiterhin sei.

Personal

Superintendentin Grünert berichtet, dass **Christian Völkel** als neuer Öffentlichkeitsreferent des Kirchenkreises Siegen-Wittgenstein begrüßt werden konnte, worüber sie sich ausdrücklich freue.

Kirchliches Leben

Im Blick auf die Pfarrstellen berichtet sie, dass Pfarrerin **Lea Klaas** in Kaan-Marienborn eingeführt worden sei. Pfarrer Thomas Rabenau sei vom Kreissynodalvorstand auf die zweite Vertretungspfarrstelle gewählt worden. Seit dem 1. November sei Pfarrer **Andreas Hoenemann** Inhaber der Pfarrstelle der pfarramtlichen Verbindung Oberholzklaus und Oberfischbach. Zudem kündigt sie an, dass im April 2026 eine neue Vikarin in den Kirchenkreis kommen werde.

Zum Interprofessionellen Pastoralteam (IPT) erläutert Superintendentin Grünert, dass zwei neue Gemeindepädagogen hinzugekommen seien. **Heiner Häcker** arbeite im Bereich Wittgenstein mit Pfarrerin Berit Nolting und Dirk Spornhauer zusammen. Ab dem 1. Januar 2026 gehe die Kirchengemeinde Dorlar-Slohe eine pfarramtliche Verbindung mit Sundern im Kirchenkreis Soest-Arnsberg ein; zum 1. Januar 2027 stehe ein Wechsel in den Kirchenkreis Soest-Arnsberg an. Als zweite Person im IPT benennt sie **Karsten Schreiber** aus der Kirchengemeinde Emmaus.

Weiterhin berichtet Superintendentin Grünert von den Verabschiedungen von **Pfr. Jens Brakensiek** und **Pfrn. Ursula Groß**.

Zu den strukturellen Veränderungen führt sie aus, dass mehrere kreiskirchliche Pfarrstellen aufgehoben worden seien. Betroffen seien die zweite und fünfte Kreispfarrstelle im Bereich der Krankenhausseelsorge sowie die Kreispfarrstellen Nummer 7, 13, 15 und 17 im Bereich des Religionsunterrichts an Schulen.

Unter Bezug auf Punkt 21 des Amtsblattes berichtet sie, dass **Ulrich Stötzel** der Titel „Kirchenmusikdirektor (KMD)“ aberkannt worden sei. Die entsprechende Urkunde werde für kraftlos erklärt.

Partnerschaftsarbeit

Superintendentin Grünert berichtet, dass das Umweltprojekt „Wald – Sonne – Wasser“ den VEM-Partnerschaftspreis gewonnen habe. Am 17. November sei der mit 2.500 Euro dotierte Preis stellvertretend unter anderem an Bischof Malasusa und Landeskirchenrat Albrecht Phillips übergeben worden. Sie gratuliert zu diesem Erfolg ausdrücklich.

Diakonie

Zur diakonischen Arbeit erläutert Superintendentin Grünert, dass sich die wirtschaftliche Situation stabilisiert habe. Es zeichne sich ein positives Jahresergebnis ab.

Ausblick: Was kommt?

Unter der Überschrift „Siehe, ich mache alles neu“, der Jahreslosung für das Jahr 2026, beschreibt Superintendentin Grünert den Ausblick. Sie betont, dass Mut und ein ehrlicher Blick notwendig seien, um Abschiede zu benennen, die anstünden. Ebenso brauche es Mut, Neues zu wagen, auch wenn noch nicht klar sei, wohin der Weg führen werde. Kirche werde künftig anders aussehen, was bedeute, dass Veränderungen notwendig seien, ohne den Kern zu verlieren.

Konkret erläutert sie, dass künftig stärker in Räumen und Profilen gedacht werden müsse: weniger „alles überall“, mehr Klarheit und Konzentration. Die Zeit, in der versucht worden sei, überall alle Erwartungen gleichermaßen zu erfüllen, gehe zu Ende. Eine neue Zeit beginne. Dabei werde stärker tragen, als oft wahrgenommen werde, dass nicht die Anzahl der Gebäude entscheidend sei, sondern die Zusammenarbeit.

Transformation sei dabei nicht nur eine Strukturfrage, sondern im tiefsten Sinne eine Glaubensfrage. Es gehe nicht darum, zu retten, was man habe, sondern darum zu fragen, ob das eigene Tun der Kommunikation des Evangeliums diene. Wenn diese Frage ernst genommen werde, werde der Weg klarer, wenn auch nicht leichter.

Für das Jahr 2026 kündigt Superintendentin Grünert an, dass weitere Schritte gegangen würden: Entscheidungen, die weh täten, aber notwendig seien, sowie das Ausprobieren neuer Formen. Strukturen würden angepasst, Abschiede gestaltet und Anfänge gefeiert.

Das Wort „Siehe, ich mache alles neu“ beschreibt sie zugleich als Zumutung und als Verheißung. Es heiße nicht: „Ihr macht alles neu“, sondern: „Ich mache alles neu.“

Abschließend formuliert Superintendentin Grünert ihre Hoffnung auf eine Kirche, die sich nicht über ihre Größe definiere, sondern über ihr Profil – eine Kirche, die weitere Wege gehe und doch näher zusammenrücke, eine Kirche, die kleiner werde, aber klarer und hoffentlich fröhlich im Vertrauen darauf, dass Gott Zukunft schenke.

Der Bericht schließt mit dem Ausblick, dass der Kirchenkreis weitergehe: bewusst, verantwortlich und miteinander – nicht aus eigener Kraft allein, sondern im Vertrauen auf den, der sagt: „Siehe, ich mache alles neu.“

Aussprache

Synodalassessor Jochen Wahl leitet die Aussprache zum Bericht.

(1) Was bleibt eigentlich noch?

Pfrn. Christine Liedtke betont in der Aussprache, dass auch der weltweite Blick leitend sein könne. Sie verweist darauf, dass Kirche weltweit wachse, was insbesondere in der Partnerschaftsarbeit sichtbar werde. Als Beispiel nennt sie die Rückmeldungen aus Ngerengere, wo Menschen Kirche als einen sicheren Ort beschreiben – ohne Drogen, ohne Alkohol, ohne Lüge und ohne Betrug. Dieser internationale Austausch könne helfen und ermutigen. Kirche sei gemeinsam unterwegs, nicht nur lokal, sondern global verbunden.

(2) Was wir immer noch sind

Pfrn. Zabel-Dangendorf fragt nach den Schulpfarrstellen. Superintendentin Grünert erläutert dazu, dass es sich nicht ausschließlich um Pfarrstellen an Berufsschulen handle. Sie spricht von einer „Angleichung an die Realität“. Die betroffenen Pfarrstellen seien eingezogen worden, da sie über längere Zeit nicht besetzt gewesen seien. Gleichzeitig betont sie, dass diese Stellen weiterhin Teil der Überlegungen im Rahmen der Schwerpunktsetzung bleiben würden.

Corinna Speicher äußert den Wunsch nach stärkerer Wertschätzung innerhalb der Synode. Sie regt an, dass diejenigen, die zusammenarbeiten, auch räumlich beieinandersitzen könnten. Zudem stellt sie die Frage, ob die Trennung zwischen stimmberechtigten und nicht stimmberechtigten Mitgliedern in der Synode notwendig sei. Superintendentin Grünert nimmt diesen Hinweis auf und erklärt, dass sie die Frage der Sitzordnung und der synodalen Praxis als Thema mitnehmen werde.

Heike Dreisbach äußert ihre Freude über die positiven Nachrichten aus der Diakonie in Südwestfalen. Gleichzeitig fragt sie nach einem aktuellen Sachstand zur Frage des Diakonischen Werkes. Ihr fehle ein Kreis oder ein Forum, in dem diakonische Themen gemeinsam besprochen werden könnten. Darüber hinaus erkundigt sie sich nach der Zukunft der Diakoniesozialdienste. Verwaltungsleiter **Oliver Berg** antwortet auf die Fragen zur diakonischen Struktur. Er erläutert, dass eine Zusammenführung zweier diakonischer Werke kein einfacher Prozess sei. Bezogen auf Siegen stellt er dar, dass sich der entsprechende Verein derzeit in Auflösung befinde. Das Verfahren sei an eine steuerliche Fragestellung gebunden, die rechtlich geklärt werden müsse und sich aktuell noch in Klärung befinde. Zurzeit befinde man sich in einer Übergangsphase. Die Diakoniesozialdienste beschreibt er als einen eigenständigen Bereich innerhalb der Diakonie. Insgesamt sei das Jahr 2025 ruhig verlaufen.

Welche Entwicklungen in den einzelnen Arbeitsbereichen möglich seien, sei ebenfalls Gegenstand der anstehenden Schwerpunktsetzung.

Pfr. Bernd Münker stellt eine Frage zum Ausblick auf die IPT-Stelle und deren zukünftige Ausgestaltung. Er erkundigt sich nach einer konkreten Konstellation und fragt, ob eine Jugendreferentenstelle wegfalle, wenn sich jemand auf eine Stelle im Interprofessionellen Pastoralteam bewerbe. Superintendentin Grünert antwortet, dass dies nicht der Fall sei. Die Stelle falle nicht weg, da es sich um zwei unterschiedliche Systeme handle. **Volker Peterek**, Leiter des Jugendreferats, ergänzt, dass es positiv sei, über ein solches Modell zu verfügen. Auf diese Weise könnten auch neue, junge Menschen für das kirchliche Arbeitsfeld gewonnen werden.

Pfr. Gerd Hafer nimmt Bezug auf einen Bericht in der Siegener Zeitung, in dem die Zahlungsfähigkeit der Diakonie thematisiert worden sei, und bittet um eine Einordnung. **Superintendentin Grünert** erläutert, dass der Zeitungsbericht vor etwa zwei Wochen erschienen sei und sich auf Zahlen aus den Jahren 2023 und 2024 beziehe, in denen eine ernste finanzielle Lage bestanden habe. Der Bericht sei Teil einer Vorberichterstattung zur allgemeinen Situation der Krankenhauslandschaft gewesen. Inzwischen hätten sich die Zahlen stabilisiert und stellten sich wieder positiv dar.

Pfr. Armin Neuser-Moos fragt nach der Perspektive einer Pfarrstelle beim Diakonischen Werk auf kreiskirchlicher Ebene. Er erkundigt sich, ob es weiterhin Bestrebungen gebe, eine solche Stelle einzurichten, und wie die Zukunftsaussichten seien.

Superintendentin Grünert antwortet, dass dieses Thema zu Beginn der Zeit des BVA intensiv diskutiert worden sei, inzwischen jedoch in den Hintergrund geraten sei. Der Kreissynodalvorstand werde sich erneut damit befassen. Aus Bethel gebe es allerdings die Rückmeldung, dass entsprechende Konstruktionen heute eher nicht mehr umgesetzt würden. **Oliver Berg** ergänzt, dass die Pfarrstelle im Haushalt weiterhin vorhanden und als vakant geführt werde. Auch diese Stelle werde im Rahmen der Schwerpunktsetzung betrachtet.

(3) Was kommt?

Steffen Haus, Präses des CVJM Siegerland, begrüßt die Synode herzlich. Er äußert seine Freude darüber, Gastgeber sein zu dürfen. Er betont, dass man nicht wisse, was konkret komme, aber gewiss sein könne, dass jemand wisse, was kommen werde. Der CVJM wolle gemeinsam auf dem Weg sein. Er spricht den Wunsch aus, dass man aufeinander zugehe, und zitiert das Leitmotiv: „Mit Jesus Christus mutig voran“ – als Ausdruck dafür, gemeinsam Zukunft zu gestalten.

Abschließend ergänzt Superintendentin Grünert die Aussprache mit dem Hinweis auf die Woche der Prävention, die im März stattfinden werde.

Jochen Wahl dankt für den Bericht und die Aussprache und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

TOP 5 Bericht von der Landessynode

Sexualisierte Gewalt

Pfarrerin Annegret Mayr berichtet, dass das Thema sexualisierte Gewalt ein Schwerpunktthema der Synode gewesen sei, mit dem sich alle Synodalen sowie die Gäste intensiv auseinandergesetzt hätten. In der weiteren Arbeit der Ausschüsse sei es insbesondere um die Umsetzung der bestehenden Standards gegangen. Der Prozess werde fortgesetzt.

Sie empfiehlt ausdrücklich einen Blick auf die Homepage, auf der die bestehenden und weiter auszubauenden Strukturen dargestellt seien. Dazu gehörten insbesondere die Präventionskräfte, die in allen Kirchenkreisen für Schulungen zuständig seien. Auf landeskirchlicher Ebene gebe es im Landeskirchenamt eine Stabsstelle sowie eine Ansprech- und eine Meldestelle. Alle ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitenden seien verpflichtet, dort Verdachtsfälle zu melden oder sich beraten zu lassen. Aus der Kirchenleitung seien zwei Personen mit diesem Themenfeld befasst: der theologische Vizepräsident sowie Uta Schütte-Haarmer als ehrenamtlich tätige Person.

Weiterhin berichtet Pfarrerin Mayr von der Arbeit der AG Netzwerk. Dieses kirchenkreisübergreifende Netzwerk solle weiter ausgebaut werden. In ihm seien auch Betroffene vertreten. Das Netzwerk befasse sich mit der inhaltlichen Weiterentwicklung der Arbeit. Neu eingerichtet worden sei die URAG West, die unabhängige regionale Aufarbeitungskommission Rheinland, Westfalen und Lippe, die sich mit der Aufarbeitung früherer Fälle befasse.

Zu den Beschlüssen führt sie aus, dass eine Verbesserung der Strukturen beschlossen worden sei, insbesondere im Bereich Controlling und Qualitätssicherung. Eine Empfehlung aus der Deloitte-Studie sei es, die Aufgaben eines Interventionsteams klar und eindeutig zu definieren. Wer sich genauer informieren wolle, könne die entsprechenden Beschlüsse auf der Homepage der EKvW nachlesen.

Nominierungsausschuss

Anne Jung erläutert, dass der Nominierungsausschuss die Aufgabe gehabt habe, die Wahl zur Nachfolge von Ulf Schlüter im Amt des theologischen Vizepräsidenten vorzubereiten. Der Ausschuss habe eine Kandidatin und einen Kandidaten vorgeschlagen. Gewählt worden sei Susanne Falke, Superintendentin des Evangelischen Kirchenkreises Steinfurt-Coesfeld-Borken.

Sie weist darauf hin, dass die konkreten Beschlüsse auf der Homepage der EKvW nachgelesen werden könnten. Dazu gehörten unter anderem weitere Beschlüsse, wonach das Verhältnis der EKvW zur AfD geklärt werden solle und eine entsprechende

Stellungnahme erarbeitet werde. Zudem seien weitere Beschlüsse in den Bereichen Kirchenasyl und Antirassismus gefasst worden.

Klimaschutzbericht

Anne Jung berichtet, dass die Landessynode die bereits beschlossenen Klimaschutzziele ausdrücklich bekräftigt habe. Sie ermutige die Kirchenkreise und Gemeinden, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen. Das Klimabüro könne die Prozesse begleitend unterstützen. Best-Practice-Beispiele könnten auf der Homepage eingesehen werden. Für das Jahr 2026 sei die Einführung einer App vorgesehen.

Finanzausschuss

Tim Elkar berichtet, dass die Stimmung im Finanzausschuss gut gewesen sei und ein gutes Miteinander geherrscht habe. Gleichzeitig befinde sich die EKvW weiterhin im Haushaltssicherungskonzept. Die einzelnen Beschlüsse könnten im Detail nachgelesen werden.

Krause gehe davon aus, dass die Kirchensteuereinnahmen nur leicht sinken würden. Aufgrund der Inflation seien jedoch erhebliche Einsparmaßnahmen notwendig. Neu sei der Ansatz zur Schließung der Deckungslücke bei Beihilfen und Pensionen. Krause halte es für sinnvoll, diese Lücke bis zum Jahr 2045 zu schließen. Die Deckungslücke betrage 1,126 Milliarden Euro. Daher sei vorgesehen, im Jahr 2026 einen Vorwegabzug in Höhe von 35 Millionen Euro vorzunehmen, ab dem Jahr 2027 dann jährlich 75 Millionen Euro.

Das Haushaltssicherungskonzept liege nun vor. Im Fokus stünden dabei die landeskirchlichen Schulen, das Haus Villigst, die Erwachsenenbildung sowie der Ausbau Espelkamp. Zentrale Fragestellungen seien dabei die Betriebsstrukturen und der jeweilige Digitalisierungsgrad.

Abschließend wird betont, dass jede Organisation daran arbeite, dass von einem Euro möglichst viel bei den Menschen ankomme und möglichst wenig im Apparat gebunden werde.

Gesetzesausschuss

Jochen Wahl konzentriert seinen Bericht auf drei zentrale Beschlüsse.

Erstens sei eine Änderung der Kirchenordnung beschlossen worden, wonach pfarramtliche Verbindungen über Kirchenkreisgrenzen hinweg künftig möglich seien.

Zweitens sei das Kirchenkreis-Erprobungsgesetz beschlossen worden. Dieses solle von der Kirchenordnung abweichende Arbeitsformen ermöglichen und dazu dienen, aus diesen Erfahrungen zu lernen.

Drittens berichtet er über die Revision der Kirchenordnung. Es habe die Bitte gegeben, bis Februar 2026 Rückmeldungen einzureichen. Vorgeschlagen worden sei, diese Frist um drei Monate zu verlängern, um mehr Zeit für Stellungnahmen zu ermöglichen. Eine Synopse werde es nicht geben, da es sich um eine Neufassung handle. Stattdessen solle ein Projektteam die leitenden Punkte zur Verfügung stellen, um die Zielrichtung zu verdeutlichen. Ziel sei eine offenere und flexiblere Kirchenordnung.

Ausschuss Personalbericht

Ulrich Bernshausen berichtet, dass ein rund 80-seitiger Personalbericht vorliege, der die relevanten Themen aus personaler Perspektive zusammenfasse. Der Ausschuss habe in vier Unterausschüssen gearbeitet, von denen drei Beschlussvorlagen erarbeitet hätten.

Zur Ausgestaltung des Interprofessionellen Pastoralteams wird berichtet, dass die Kirchenleitung gebeten werde, die Kommission IPT zu beauftragen, Unterstützungsbedarfe zu identifizieren und bis zur Herbstsynode 2026 Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Benannt werden dabei insbesondere der notwendige Kulturwandel, eine stärkere Ressourcenorientierung sowie konzeptverbindliche Standards.

Unter der Überschrift „Zukunft gestalten“ wird betont, dass die Transformation kirchlicher Arbeit eine drängende Aufgabe sei. Vorgeschlagen werden Experimentierräume insbesondere im Bereich Social Media. Die Landessynode werde gebeten, diese Perspektiven öffentlichkeitswirksam zu teilen und ihre Notwendigkeit deutlich zu machen. Zudem solle ein Konzept zur Schaffung unterstützender Strukturen erarbeitet, die Kosten ermittelt und ein Finanzierungsplan zur Verfügung gestellt werden.

Weiterhin wird berichtet, dass der Kirchenkreis Steinfurt-Coesfeld-Borken einen Antrag zur Erarbeitung eines Kirchenmusikkonzeptes eingebracht habe. Der zuständige Unterausschuss habe diesen Antrag ausdrücklich unterstützt und konkretisiert. Die Kirchenleitung werde gebeten, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die bis zur Herbstsynode 2026 ein entsprechendes Konzept erarbeite.

Alle drei Beschlussvorlagen seien von der Synode beschlossen worden.

Aussprache

Superintendentin Grünert eröffnet die Aussprache mit einem ausdrücklichen Dank für die vorgelegten Berichte.

Pfr. Christian Schwark nimmt Bezug auf eine öffentliche Äußerung des Präses und fragt nach, ob der Beamtenstatus kirchlicher Mitarbeitender grundsätzlich infrage gestellt werde. Superintendentin Grünert bestätigt, dass diese Frage derzeit auf Ebene der EKD diskutiert werde. Ulrich Bernshausen ergänzt, dass darüber gesprochen worden sei, allerdings bislang nicht vertieft. Er betont, dass es sich um einen längeren Prozess handeln werde.

Pfr. Martin Klein stellt eine Rückfrage zur neuen Kirchenordnung. Er begrüßt ausdrücklich, dass mehr Zeit eingeräumt worden sei, damit sich insbesondere der Theologische Ausschuss intensiver mit der Thematik befassen könne. Er verweist auf einen Punkt der Diskussion, wonach Grundartikel nur im Konsens geändert werden könnten, und fragt nach, wie der weitere Beschlussprozess gestaltet werden solle.

Superintendentin Grünert erläutert, dass der Prozess bereits seit längerer Zeit breit angelegt sei. Sie verweist auf die Arbeit im theologischen Tagesausschuss, in dem unter anderem Dirk Spornhauer als Mitglied des Evangelischen Bundes mitgewirkt habe. Das Thema sei dort intensiv beraten worden. Conring habe darauf hingewiesen, dass ein magnus consensus nur dann erforderlich sei, wenn es um Bekenntnisänderungen gehe, was aus seiner Sicht hier nicht der Fall sei. Diese Einschätzung sei jedoch kontrovers diskutiert und teilweise infrage gestellt worden. In der Diskussion sei die Überlegung entstanden, Grundartikel und Präambel künftig getrennt voneinander zu betrachten. Insgesamt werde der Prozess weiterhin breit diskutiert.

Pfr. Thomas Ijewski äußert, dass die Tragweite der Veränderungen vielen noch nicht klar sei. Er betont, dass mit der Neufassung der Kirchenordnung faktisch das „Grundgesetz“ der Kirche verändert werde. Gerade reformierte Gemeinden sollten sich aus seiner Sicht intensiv mit diesem Prozess befassen. Es gehe nicht um eine bloße Revision, sondern um eine Neufassung, was er als sehr brisant einschätzt. Er bittet die Vorsitzenden der Presbyterien ausdrücklich darum, sich dafür Zeit zu nehmen. Superintendentin Grünert greift diesen Hinweis auf und ermutigt ausdrücklich dazu, sich mit dem Prozess auseinanderzusetzen und Stellungnahmen einzureichen.

Pfrn. Mayr zeigt sich dankbar für den Hinweis und unterstützt den Appell. Sie ruft dazu auf, sich intensiv mit dem Thema zu befassen, da es alle betreffe.

Pfr. Christian Schwark schließt sich den Ausführungen von Pfr. Ijewski an und bringt eine weitere Frage aus einem Presbyterium ein. Er berichtet, dass darüber nachgedacht werde, Landeskirchen zu fusionieren, und fragt, ob es realistisch sei, dass auch hier in einem Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren entsprechende Gespräche geführt werden könnten.

Superintendentin Grünert antwortet, dass dies kein Tabuthema mehr sei, insbesondere im westfälischen Kontext. Die Frage, ob durch parallele Strukturen doppelte Arbeit entstehe, stehe im Raum und müsse bei solchen Überlegungen mitbedacht werden.

Pfr. Tim Elkar ergänzt abschließend, dass es im Rahmen des Beteiligungsprozesses auch eine Online-Beteiligungsform gebe. Nicht nur die Presbyterien, sondern jede und jeder Einzelne habe die Möglichkeit, Rückmeldungen einzubringen.

TOP 6 Jugendversammlung „MITREDEN!“ – Deine Stimme in unserer Kirche

Volker Peterek, Leiter des Referats für Jugend und Gemeindepädagogik, berichtet von der Jugendversammlung „Mitreden!“, die am vergangenen Wochenende mit den Delegierten aus den Kirchengemeinden stattgefunden hat. Das Treffen ist Teil der Umsetzung des Kinder- und Jugendvertretungsgesetzes gewesen. Der Abend diene als Gründungsversammlung unter wurde durch Supn. Grünert eröffnet. Als Gast der Kirchenleitung konnte Jan Turnischat (?) begrüßt werden, der ein paar Eindrücke aus anderen Kirchenkreisen mitgebracht hat. Es ging um die Erklärung der Inhalte, die Struktur und die Aussicht. Es wurde beraten, diskutiert und gewählt. Als Sprecherinnen und Sprecher wurden Jasmin Greis, Anna-Lena Klein, Oscar Schneider und Pia Grahn gewählt sowie als Delegierte für die Versammlung der Jugend von Westfalen Maru Backwinkel, Anna-Lena Klein und Aileen Reichmann. Die nächste Versammlung wird im Frühjahr 2026 stattfinden.

Supn. Grünert dankt Volker Peterek für die Einbringung.

TOP 7 Aufgabenkritik und inhaltliche Schwerpunkte

Supn. Grünert bittet Pfr. Thies Friederichs um die Einbringung zum Thema „Aufgabenkritik und inhaltliche Schwerpunkte“.

Pfr. Thies Friederichs betont einleitend, dass es sich um ein schweres Thema handle, das auch mit der gebotenen Schwere behandelt werden müsse. Der Kirchenkreis stehe vor der Aufgabe, Entscheidungen darüber zu treffen, was er sich in Zukunft noch leisten könne und was nicht.

Vorab formuliert er einen Disclaimer: Die Aufgabe der Arbeitsgruppe bestehe ausdrücklich nicht darin, hinter verschlossenen Türen Entscheidungen zu treffen. Vielmehr gehe es darum, einen Weg zu skizzieren, auf dem gemeinsam zu tragfähigen Entscheidungen gelangt werden könne.

Vor diesem Hintergrund stellt Thies Friederichs den geplanten Fahrplan vor, den er bewusst „von hinten her gedacht“ beschreibt. Ausgangspunkt der Überlegungen sei die Frage gewesen, was notwendig sei, um zu einer verantwortlichen Entscheidung zu kommen.

Als zentrales Forum sei eine Synodalversammlung vorgesehen, die am 24. April 2026 stattfinden solle. Dafür nennt er zwei Gründe. Zum einen sei das zu bearbeitende Thema so gewichtig, dass es einer eigenen Versammlung bedürfe, die ausreichend Zeit für Beratung ermögliche. Zum anderen solle diese Versammlung der Synode Raum geben, intern in ein vertieftes Gespräch und eine offene Diskussion einzutreten.

Ziel sei es, auf dieser Grundlage Beschlüsse für die Sommersynode 2026 vorzubereiten.

Im Vorfeld der Synodalversammlung werde sich der Kreissynodalvorstand im Rahmen seiner Klausur am 14. und 15. März 2026 mit dem Thema befassen und sich mit den erarbeiteten Vorschlägen auseinandersetzen. Ende März sollten zur Vorbereitung entsprechende Materialien an die Synodalen versandt werden. Der Kreissynodalvorstand werde der Arbeitsgruppe in diesem Prozess zuarbeiten.

Im Rückblick auf die bisherige Arbeit der Arbeitsgruppe erläutert Thies Friederichs, dass sämtliche Arbeitsbereiche inhaltlich, strukturell und finanziell in den Blick genommen worden seien. Zudem seien rechtliche und strukturelle Fragestellungen gesammelt worden, die für eine sachgerechte Entscheidungsfindung notwendig und hilfreich seien. Auf dieser Grundlage habe die Arbeitsgruppe einen Zeitplan für den Entscheidungsprozess entwickelt.

Zusammenfassend stellt er den Fahrplan wie folgt dar: Bis März erarbeite die Arbeitsgruppe konkrete Vorschläge. Diese würden in der Klausur des Kreissynodalvorstandes im März beraten. Ende März erfolge der Versand der Materialien an die Synodalen. Im April 2026 finde die Synodalversammlung statt. Die Beschlussfassung sei schließlich für die Sommersynode 2026 vorgesehen.

Aussprache zur Einbringung

Pfr. Ralph van Dorn dankt zunächst für die Einbringung. Er betont, dass die Arbeitsgruppe mit ihrer Arbeit die kommenden Diskussionen prägen werde. Zugleich äußert er den Wunsch nach einem klar benannten theologischen Leitkriterium für den Prozess.

Pfr. Thies Friederichs antwortet, dass ein externes Beratungsinstitut die Arbeitsgruppe dabei unterstützt habe, Kriterien zu entwickeln, die zu einer Entscheidungsfindung führen könnten. Als Beispiel nennt er die Frage, ob man sich bestimmte Arbeitsformen auch im Jahr 2040 noch als Teil der Kirche vorstellen könne. Diese Aufgabe sei anstrengend gewesen. Aus einer Vielzahl möglicher Kriterien seien schließlich einige ausgewählt worden, anhand derer alle Arbeitsbereiche betrachtet worden seien.

Superintendentin Grünert ergänzt, dass in inhaltlich motivierten Diskussionen häufig jeder Arbeitsbereich beginne, sich theologisch selbst zu begründen. Genau dies habe man vermeiden wollen. Stattdessen sei versucht worden, übergeordnete Inhaltskriterien zu formulieren, die auf alle Arbeitsbereiche gleichermaßen angewendet werden könnten, ohne diese einzeln theologisch zu legitimieren.

Pfrn. Silke Panthöfer erklärt, sie habe die Ausführungen zur Kenntnis genommen, frage sich jedoch, ob es sich hierbei um den eigentlichen Transformationsprozess des Kirchenkreises handele. **Superintendentin Grünert** stellt klar, dass es sich hierbei nicht um den gesamten Transformationsprozess handele, sondern um den Fahrplan zur Schwerpunktsetzung. Dieser sei ein Bestandteil des Transformationsprozesses, der sich insbesondere im Haushalt 2027 abbilden werde.

Pfrn. Silke Panthöfer entgegnet, dass aus ihrer Sicht beides zusammengehöre. Eine Schwerpunktsetzung könne nicht ohne inhaltliche Gesprächszusammenhänge erfolgen. **Superintendentin Grünert** erwidert, dass dieser Gedanke durchaus präsent gewesen sei. Gleichzeitig müsse ein „Packende“ gefunden werden. Daher habe man sich zunächst auf Struktur und Auftrag konzentriert. Es müsse einen Anfang geben, und dieser beginne über die Strukturen. Die inhaltliche Ausrichtung – also die Frage, wie man künftig gemeinsam Kirchenkreis sein wolle – sei noch nicht abschließend gedacht. Für diese Frage solle die Synodalversammlung Raum bieten.

Pfr. Thies Friederichs ergänzt das Bild, indem er den Prozess mit einem Schiff vergleicht, das während der Fahrt umgebaut werden müsse. Das bedeute, dass einerseits gehandelt werden müsse, andererseits die inhaltliche Diskussion nicht vollständig vorgeschaltet werden könne.

Pfrn. Silke Panthöfer bringt ihre Wahrnehmung mit dem Bild zum Ausdruck, dass es sich eher nach „wegen Umbau geschlossen“ anfühle als nach „wegen Umbau geöffnet“.

Pfr. Ralph van Dorn unterstützt diese Einschätzung. Er äußert, dass wenige Wochen Vorbereitungszeit zu kurz seien, um sich in die Materie einzuarbeiten. Er fragt, warum Kriterien oder Schwerpunkte nicht früher oder vorab offengelegt worden seien.

Superintendentin Grünert widerspricht der Formulierung „wegen Umbau geschlossen“. Sie betont, dass der Kirchenkreis beauftragt sei und dass berichtet werde. Zugleich habe sie wahrgenommen, dass mehr zeitliche Vorbereitung notwendig sei.

Pfrn. Claudia Latzel-Binder bringt ein, dass Transparenz eine Bringschuld sei. Wenn Rückmeldungen gegeben würden, müsse darauf eingegangen werden, da dies auch eine atmosphärische Frage sei. Sie fragt nach dem Leitbild und nach der Vision. Wenn ein Schiff während der Fahrt umgebaut werde, müsse dennoch klar sein, wohin die Reise gehe. Für sie seien Vision und Struktur nicht voneinander zu trennen. Das Wissen um das „Wozu“ und „Wohin“ sei entscheidend.

Pfr. Armin Neuser-Moos fragt aus einer Außenperspektive, ob diese Teil des Prozesses sei. Er stellt die Frage nach der Relevanz von Kirche für die Gesellschaft und in die Gesellschaft hinein. Zudem erkundigt er sich, wer an dem Prozess beteiligt sei oder beteiligt werden könne.

Pfrn. Lea Klaas ergreift das Wort, um eine Lanze für die Arbeitsgruppe zu brechen. Sie weist darauf hin, dass die Arbeitsgruppe sich achtmal getroffen habe und dies das Ergebnis dieser Arbeit sei. Es sei immer mitgedacht worden, dass eine breite Beteiligung gewünscht sei. Das Mitreden solle ausdrücklich stattfinden, und genau dafür sei die Synodalversammlung vorgesehen. Sie lädt dazu ein, zu kommen, um im Gespräch zu sein und teilzuhaben.

Pfr. Dietrich Hoof-Greve äußert, er habe mehr als einen reinen Fahrplan erwartet. Eine einzelne Synodalversammlung reiche aus seiner Sicht für diesen Prozess nicht aus. Er plädiert dafür, mindestens eine weitere Versammlung einzuplanen, um zu vermeiden, dass es im April zu einer Art „Showdown“ komme.

Superintendentin Grünert greift dies auf und erinnert daran, dass sich der Kreissynodalvorstand bereits 2023 mit der Frage nach dem Subjekt des Prozesses beschäftigt habe. Der Auftrag habe gelautet, eine Arbeitsgruppe einzusetzen und einen Fahrplan zu entwickeln. Offen geblieben sei dabei die Frage, ob ein Fahrplan lediglich Zeitpunkte, Zuständigkeiten und Abläufe meiere oder bereits einen inhaltlichen Weg vorzeichne. Mit externer Beratung sei der Prozess begleitet worden. Der jetzige Punkt markiere den nächsten Schritt. Es seien zunächst die „Abfahrtszeiten“ benannt worden und eine erste Streckenbestimmung erfolgt. Die Anfragen und Rückmeldungen der Synode seien stets Teil der Diskussion gewesen. Sie halte es für richtig, dieses unruhige Gefühl weiterzugeben, um es gemeinsam zu diskutieren und zu verantworten.

Pfr. Gerd Hafer fragt nach, ob ein Umbau zwangsläufig auch Abbau bedeute oder ob bei entsprechendem Bedarf auch ein Zubau möglich sei. Er erinnert an frühere Maßgaben wie „Parochie vor Funktion“ aus der Zeit von Superintendent Helmut Flender und regt an zu prüfen, ob solche Prinzipien angepasst werden müssten.

Pfr. Thies Friederichs antwortet, dass es durchaus Bereiche gebe, in denen ein Abbau nicht infrage komme. Insgesamt befinde sich der Kirchenkreis jedoch in einer Phase, in der mehr abgebaut als zugebaut werden müsse. Er stellt klar, dass der Auftrag der Arbeitsgruppe darin bestehe, alle Arbeitsbereiche auf Kirchenkreisebene zu betrachten und hierfür Vorschläge zu erarbeiten. Gleichzeitig müssten alle Ebenen sparen – auch die Kirchengemeinden, die darüber jeweils eigenständig entschieden. Die angesprochenen Fragen nach Transparenz und Zeitschiene nehme die Arbeitsgruppe mit und werde sie prüfen. Er betont nochmals, dass die Entscheidungsfindung nicht in der Arbeitsgruppe erfolge, sondern als Synode in der Synodalversammlung.

Pfrn. Dorothea Zabel-Dangendorf äußert, sie sei insgesamt nicht unzufrieden. Die Entwicklung eines Fahrplans und von Kriterien sei eine enorme Leistung. Dennoch frage sie, was dagegen spreche, die Kriterien bereits vorab öffentlich zu machen, damit man sich nicht erst in der Synodalversammlung damit auseinander muss, sondern vorher

beginnen kann, zu überlegen. Sie betont, dass es ein extrem komplexes Thema sei für das eine Synodalversammlung aus ihrer Sicht sehr knapp sei,

Superintendentin Grünert dankt für den Beitrag und erwidert, dass dies ein Hinweis sei, den sie auf jeden Fall mit in die Arbeitsgruppe und in den KSV mitnehmen werde.

Pfr. Michael Junk weist darauf hin, dass es letztlich darum gehe, dass nicht mehr ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stünden, um in der bisherigen Weise weiterzuarbeiten. Er fragt daher konkret, wie hoch das Einsparvolumen sei, das erreicht werden müsse.

Pfr. Tim Elkar antwortet in seiner Funktion als Mitglied des Finanzausschusses, dass dies eine berechtigte Frage sei. Der Haushalt sei derzeit als Bedarfshaushalt angelegt, den die Synode beschließt, was es schwierig mache, einen konkreten Betrag zu benennen. Auch darüber werde man sich im weiteren Prozess verständigen müssen.

Superintendentin Grünert ergänzt, dass in der Diskussion stets alle Ebenen – Kirchengemeinden, Kirchenkreis und Einrichtungen – gemeinsam in den Blick genommen werden müssten. Dies solle nicht in einem Gegeneinander, sondern in einem Miteinander geschehen.

Pfr. Frank Boes betont, dass die Gemeinden ihre Hausaufgaben zu machen hätten. Bereits vor drei Jahren sei klar gewesen, dass Reduzierungen notwendig seien. In den Ausschüssen habe man sich intensiv damit beschäftigt und nach Wegen gesucht. Es habe eine inhaltliche Verständigung gegeben. Mit Blick auf die Synodalversammlung äußert er jedoch Zweifel, ob diese allein eine solche Leistung erbringen könne. Wenn hingegen einzelne Arbeitsbereiche für sich Vorschläge erarbeiteten, könne ein gangbarer Weg entstehen. Wenn klar sei, welche Ressourcen zur Verfügung stünden, könne mit der Entwicklung konkreter Maßnahmen begonnen werden.

Hartmut Heinbach erinnert daran, dass die Synode im vergangenen Jahr Solidarität mit den Mitarbeitenden von ThyssenKrupp beschlossen habe, obwohl auch dort nicht alle hätten beteiligt werden können. Es ärgere ihn, dass der Eindruck entstanden sei, es werde ausschließlich an die Gemeinden gedacht. Im Haushalt sei dies so nicht abgebildet. Auch auf Kirchenkreisebene seien Veränderungen notwendig.

Heike Dreisbach greift mehrere Fäden auf. Sie weist darauf hin, dass ihr Arbeitsbereich stark refinanziert sei. Sie regt an, vorab verschiedene Szenarien zur Verfügung zu stellen, etwa unter der Annahme, dass man sich verkleinern müsse oder Stellenstreichungen unvermeidlich seien. Man könne klug vorgehen, indem geprüft werde, was refinanzierbar sei und wo Förderinstrumente anders genutzt werden könnten. Sie erklärt ihre

Bereitschaft, diese Bausteine näher zu erläutern, um Entscheidungsoptionen sichtbar zu machen. Andernfalls sei die Zeit vermutlich zu kurz, um tragfähige Entscheidungen zu treffen.

Pfr. Thies Friederichs stimmt zu, dass die Zeitfrage zentral sei. Die Erarbeitung von Szenarien sei sehr aufwendig, könne aber ein sinnvoller Weg sein. Er nehme diesen Impuls mit.

Pfr. Ralph van Dorn greift einen Gedanken von Lea Klaas auf und betont, dass es um ein Verstehen-Wollen gehe, nicht um Misstrauen. Wer Prozesse kenne, wisse, wie anstrengend sie seien. Ein zentraler Leitbegriff sei für ihn jedoch das Hören. Er erinnert daran, dass er bereits auf der Sommersynode gefragt habe, woher die Arbeitsgruppe ihre Informationen beziehe und wie dieses „Hinhören“ konkret funktioniere. Die Frage, ob in die Arbeitsbereiche hineingehört werde, halte er für elementar.

Pfr. Tim Elkar appelliert daran, zu bedenken, dass der Kreissynodalvorstand die Arbeitsgruppe eingesetzt und externe Beratung hinzugezogen habe. Mit der Synodalversammlung sei bewusst ein Ort geschaffen worden. Die emotionale Diskussion sei wichtig und notwendig, gehöre aber möglicherweise nicht vollständig an diesen Ort.

Oliver Berg merkt an, dass vergleichbare Diskussionen bereits geführt worden seien, etwa im Bereich der Kindertagesstätten. Dort habe es nicht nur finanzielle, sondern auch personelle und strukturelle Gründe gegeben. In dieser Ehrlichkeit müsse auch dieser Prozess geführt werden. Gleichzeitig räumt er ein, dass es bestimmte Aspekte gebe, die nicht öffentlich diskutiert werden könnten und hinter verschlossenen Türen bleiben müssten.

Pfr. Thies Friederichs bedankt sich abschließend für die breite Beteiligung. Er betont, dass die Rückmeldungen gehört worden seien und in den weiteren Prozess einfließen würden.

Superintendentin Grünert schließt die Aussprache mit einem Dank für die Einbringung und die intensive Diskussion. Sie hebt hervor, dass sie den intensiven Austausch schätze, da er deutlich mache, wie wichtig dieser Prozess trotz – oder gerade wegen – seiner Schwere sei.

TOP 8 Haushaltsplan des Ev. KK Siegen-Wittgenstein für 2026

Supn. Grünert bittet Pfr. i.R. Günther Albrecht, Vorsitzender des Finanzausschusses, um die Einbringung.

Pfr. Günther Albrecht eröffnet seinen Beitrag mit dem Hinweis, dass er die Ergebnisse

umfangreicher Beratungen im Finanzausschuss und im Kreissynodalvorstand vorstellt. Er greift dabei bewusst ein bildhaftes Motiv auf und verweist auf das Märchen vom Sterntaler. Dieses stehe für ein diakonisches Grundverständnis: Teilen aus Vertrauen heraus, nicht aus Überfluss, und die Erfahrung, dass gemeinsames Handeln tragen kann. Zugleich macht er deutlich, dass es sich dabei um ein erzählerisches Bild handelt, das nicht ungebrochen auf die gegenwärtige Realität übertragbar sei, aber dennoch eine ethische Orientierung biete – gegen Egoismus und für Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang verweist er auch auf die Urgemeinde der Apostelgeschichte als biblisches Beispiel für solidarisches Teilen.

Er stellt klar, dass die finanziellen Rahmenbedingungen zunehmend schwieriger werden und dass die Finanzierung kirchlicher Arbeit unter wachsendem Druck steht. Dabei betont er, dass nicht bloß Einsparung das leitende Stichwort sei, sondern die Frage, wie weniger verfügbare Mittel sinnvoll und verantwortungsvoll eingesetzt werden können. Im Bereich der Kindertagesstätten seien bereits erste Schritte unternommen worden, um sich strukturell zu verkleinern. Diese Entscheidungen seien schmerzhaft gewesen, aber in der aktuellen Situation unumgänglich. Die finanziellen Effekte dieser Maßnahmen würden sich allerdings erst zeitverzögert deutlich zeigen, insbesondere ab der zweiten Jahreshälfte 2026. Gleichzeitig hätten Anpassungen im Finanzierungssystem dazu geführt, dass sich Entlastungen nicht in vollem Umfang niederschlugen.

Auch im Bereich der kreiskirchlichen Pfarrstellen seien Maßnahmen ergriffen worden, indem vakante Stellen – etwa im schulischen Bereich – zunächst nicht wiederbesetzt wurden, um alternative Lösungen zu prüfen und Einsparungen zu erzielen. An diesen Beispielen werde deutlich, dass Veränderung bereits statfinde und weiter notwendig sei.

Pfr. Günther Albrecht betont, dass aus finanzieller Sicht im kommenden Jahr weitere Sparbeschlüsse notwendig sein werden, um den Kostendruck auf die Kirchengemeinden zu mindern. Dabei hebt er hervor, dass der Kirchenkreis kein eigenständiges Gebilde sei, sondern die Gemeinschaft aller Kirchengemeinden bilde. Die Verteilung der Finanzen werde daher maßgeblich von den Gemeinden mitbestimmt. Wer gemeinsame Aufgaben erhalten wolle, müsse bereit sein, diese auch gemeinsam zu finanzieren. Jeder Euro, der im Bereich der synodalen Dienste nicht eingespart werde, müsse letztlich von den Gemeinden aufgebracht werden. Zugleich sei auch auf Gemeindeebene eine konsequente Aufgabenkritik erforderlich, da mit sinkenden Mitteln nicht mehr alles finanzierbar sei, was über Jahre hinweg selbstverständlich gewesen sei. Im Blick auf den landeskirchlichen Haushalt berichtet er, dass dieser nach intensiven Diskussionen beschlossen worden sei. Ein zentraler Gedanke sei dabei gewesen, das Kirchensteueraufkommen künftig realistischer zu schätzen und nicht mehr bewusst vorsichtig. Hintergrund sei, dass sich die Einnahmesituation zuletzt stabiler gezeigt habe als erwartet. Diese realistischere Planung bedeute jedoch zugleich, dass künftig nicht

mehr mit nachträglichen Mehreinnahmen gerechnet werden könne. Für die Planung auf Kirchenkreisebene bilde der landeskirchliche Haushalt die verbindliche Grundlage.

Besondere Bedeutung habe dabei die erhebliche Zuführung von Mitteln zur Sicherung der Versorgungslasten, insbesondere im Bereich von Beihilfen und Pensionen. Diese Mittel reduzierten die an die Kirchenkreise zu verteilenden Summen spürbar. Gleichzeitig würden auch auf landeskirchlicher Ebene Einsparungen vorgenommen oder vorbereitet, etwa bei Planstellen, Einrichtungen und Gebäuden. Eine umfassende Aufgabenkritik sei auch dort notwendig.

Für den kreiskirchlichen Haushalt verweist der Einbringende auf den deutlichen Rückgang der Gemeindegliederzahlen, der maßgeblich die finanzielle Entwicklung präge. Der Mitgliederrückgang resultiere nicht nur aus Kirchenaustritten, sondern auch aus demografischen Faktoren. Zwar habe die Einnahmesituation in den vergangenen Jahren noch vergleichsweise stabil gestaltet werden können, der Abwärtstrend sei jedoch unübersehbar. Das Kirchensteueraufkommen werde dabei von mehreren Faktoren beeinflusst, unter anderem von der Zahl der evangelischen Erwerbstätigen, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Ausgestaltung des Steuersystems.

Die Zuweisungen orientierten sich weiterhin am Bedarf der einzelnen Arbeitsbereiche, wie es die Finanzsatzung vorsehe. Einsparungen seien vorgesehen, zugleich führten tarifliche Entwicklungen zu steigenden Personalkosten, insbesondere im Bereich der synodalen Dienste. Insgesamt werde deutlich, dass die Einnahmen für Kirchenkreis und Kirchengemeinden zurückgingen.

Für den Kirchenkreis Siegen-Wittgenstein beschreibe er die Verteilung der Einnahmen und Aufwendungen und mache deutlich, welches Finanzvolumen für kreiskirchliche Aufgaben sowie für die Zuweisungen an die Kirchengemeinden zur Verfügung stehe. Neu sei, dass die Stellen des Interprofessionellen Pastoralteams erstmals vollständig im Haushalt abgebildet seien. Diese Stellen seien beim Kirchenkreis angesiedelt und würden dort auch organisatorisch begleitet.

Er geht auf die Klimapauschale ein und nimmt wahr, dass deren Abzug in den Gemeinden Unmut ausgelöst habe. Er stellt jedoch klar, dass diese Mittel weiterhin den Gemeinden zur Verfügung stünden und für Umweltmaßnahmen abgerufen werden könnten. Das Geld sei nicht verloren, sondern zweckgebunden gesichert. Über die Ausgestaltung der entsprechenden Satzung werde weiter zu beraten sein.

Mit Blick in die Zukunft weist der Einbringende darauf hin, dass Hochrechnungen – bei aller Unsicherheit – deutlich machten, dass keine Entspannung der finanziellen Lage zu erwarten sei. Deshalb sei es dringend erforderlich, jetzt sowohl auf Kirchenkreis- als auch auf Gemeindeebene eine konsequente Aufgabenkritik zu beginnen. Ziel sei es,

bereits im kommenden Jahr zu belastbaren Beschlüssen zu kommen, damit der Haushalt 2027 realistisch und verantwortbar geplant werden könne.

Abschließend geht er auf weitere Teilhaushalte ein und beschreibt deren jeweilige Entwicklung, teils stabil, teils mit Verbesserungen, aber insgesamt weiterhin herausfordernd. Die Haushalte seien in den zuständigen Gremien beraten worden und lägen der Synode mit Beschlussempfehlung vor.

Er schließt seine Einbringung mit dem Hinweis, dass der Schrumpfungsprozess der Kirche schneller voranschreite als lange angenommen und ein „Weiter so“ mittelfristig nicht mehr finanzierbar sei. Er dankt den Mitgliedern des Finanzausschusses, des Kreissynodalvorstandes, der Verwaltung sowie allen Beteiligten für die intensive Arbeit und Unterstützung. Abschließend verweist er darauf, dass sich aus dem Bericht konkrete Beschlussvorschläge ergeben, die der Synode zur Aussprache und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Aussprache

Superintendentin Grünert dankt Pfarrer Günther Albrecht für die Einbringung und eröffnet die Aussprache.

Pfr. Steffen Post stellt eine Nachfrage zur dargestellten Rücklagenverwendung. Er fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass der Betrag in Höhe von 800.000 Euro aus der Rücklage der Gemeindeglieder entnommen werde und ob dort weiterhin Mittel vorhanden seien. **Pfr. Günther Albrecht** bestätigt diese Nachfrage. In einer weiteren Nachfrage erkundigt sich Steffen Post danach, wo diese Rücklage im Haushalt konkret ausgewiesen sei. Pfr. Günther Albrecht erläutert, dass sich die Rücklage im Haushaltsposten der Synodalkasse befinde.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wird die Klimapauschale thematisiert. Es wird darauf hingewiesen, dass diese an verschiedenen Stellen des Haushalts eine Rolle spiele. Mit Blick auf die Richtlinien für das Jahr 2026 werde vorgeschlagen, die entsprechenden Beträge den Kirchengemeinden für ein weiteres Übergangsjahr zuzuordnen. Dies sei in der Darstellung bislang nicht ausdrücklich aufgeführt. Es wird um einen Überblick gebeten, welche Beträge in den Kirchengemeinden bislang angespart worden seien. **Pfr. Günther Albrecht** bestätigt diesen Sachverhalt. Er erläutert, dass das Jahr 2026 noch als Übergangsjahr vorgesehen sei. Ab dem Jahr 2027 sei – vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses – die Zusammenführung der Mittel in einem gemeinsamen Fonds geplant.

Supn. Grünert stellt nach Ende der Aussprache den Haushaltsplan 2026 zur Abstimmung.

Beschluss Nr. 5: Haushaltsplan 2026

Der Haushalt wird mit fünf Enthaltungen sowie vier Gegenstimmen beschlossen.

TOP 9 Richtlinien Klimafonds

Thomas Steinle, Vorsitzender des Umweltausschusses, übernimmt die Einbringung. Er greift eine kürzlich erschienene Überschrift auf, in der es hieß, Kirche werde „klimaneutral und warm“, und stellt fest, dass dies keine Science-Fiction sei, sondern bereits heute eine reale Möglichkeit darstelle.

Er erläutert, dass die EKvW hierfür einen klaren Rahmen geschaffen habe. Im Jahr 2023 sei ein Klimaschutzgesetz beschlossen worden, das konkrete Ziele formuliere. Zudem habe sich die Landeskirche am 27. November 2025 mit einem Appell für ein wirksames Klimaschutzprogramm an die Bundesregierung gewandt. Dies unterstreiche den Ernst des Anliegens. Thomas Steinle vertritt die Überzeugung, dass Investitionen in Klimaschutz langfristig auch finanzielle Einsparungen ermöglichen.

Zur Einordnung der Ausgangslage führt er aus, dass die EKvW im Jahr 2023 insgesamt 66.833 Tonnen CO₂-Äquivalente verursacht habe, was dem Ausstoß von rund 21.500 Haushalten entspreche. Der größte Emissionsanteil entfalle auf Heizenergie. Diese entstehe zunächst in den Kindertagesstätten, in besonderem Maße jedoch in Gemeindehäusern und Kirchen. Hinzu kämen Schulen, Pfarrhäuser und Verwaltungsgebäude. Rechne man die Emissionen auf die Anzahl der Nutzenden um, lägen Kirchen und Kapellen an erster Stelle, während die meisten Emissionen absolut betrachtet in den Pfarrhäusern entstünden.

Zur Finanzierung erläutert er die Einführung der Klimapauschale in Höhe von vier Prozent. Wie diese Mittel im Kirchenkreis eingesetzt würden, entscheide die Synode im Rahmen einer Richtlinie. Eine solche Richtlinie sei vom Umweltausschuss erarbeitet beziehungsweise überarbeitet worden und werde nun zur Beratung und Beschlussfassung eingebracht.

Er nennt die bisherigen Zahlen: Im Jahr 2024 seien rund 255.000 Euro verausgabt worden, im Jahr 2025 bislang etwa 85.000 Euro. Das insgesamt noch verfügbare Fördervolumen belaufe sich auf 2.223.339 Euro. Ziel der neuen Richtlinie sei es, klar gegliedert, verständlich und zukunftsfähig zu sein.

Inhaltlich liege der Schwerpunkt auf dem Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien. Dies könne insbesondere durch die Abgabe von Gebäuden, durch Sanierungen oder durch einen Wechsel des Energieträgers erfolgen. Neu sei, dass der Klimafonds künftig allen Einrichtungen offenstehe. Weitere Förderbereiche seien aufgenommen worden, unter anderem Photovoltaikanlagen, Mobilität, Beschaffung

sowie Kirchenland. Auch Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Kommunikation könnten künftig gefördert werden.

Als wesentliche Änderung hebt er hervor, dass Fördermittel künftig unabhängig von der Mitgliederzahl einer Kirchengemeinde beantragt werden könnten. Die Fördersätze orientierten sich an festgelegten Staffeln. Grundlage der Berechnungen sei eine Verdoppelung staatlicher Fördersätze. Anhand eines Beispiels zeigt er auf, dass bei einer Wärmepumpe mit Gesamtkosten von 50.000 Euro nach Abzug staatlicher Förderungen und der Mittel aus dem Klimafonds ein Eigenanteil von 15.800 Euro bei der Kirchengemeinde verbleibe.

Der Klimafonds solle – analog zum Baufonds des Kirchenkreises – solidarisch funktionieren.

Aussprache

Superintendentin Grünert dankt für die Einbringung und dem Umweltausschuss für die Erarbeitung der Richtlinie. Sie eröffnet die Aussprache.

Oliver Berg spannt den Bogen zurück ins Jahr 2023. Er erinnert daran, dass es damals eine Arbeitsgruppe zum Klimaschutzgesetz gegeben habe und bewusst eine Interimsrichtlinie beschlossen worden sei. Ziel sei es gewesen, zunächst Sinn und Zweck in den Vordergrund zu stellen und die Gemeinden nicht zu überfordern. Viele Fragen seien damals noch offen gewesen, unter anderem das Verhältnis zwischen Klimafonds und Baufonds. Die Entscheidung sei bewusst zugunsten der Kirchengemeinden getroffen worden. Die nun vorgelegten Richtlinien trügen dem Rechnung, indem weitere Handlungsfelder benannt und der Klimafonds ausgeweitet worden sei. Vorgesehen sei eine Übergangszeit bis Ende 2026, in der eine Besitzstandswahrung nach den bisherigen Regelungen gelte, sofern das Presbyterium dies entsprechend beschließe.

Pfr. Christian Schwark fragt mit Blick auf die Gebäudekonzeption, nach welchen Kriterien diese ab dem Jahr 2027 genehmigt werden solle. **Oliver Berg** erwidert, dass das Presbyterium in der Ausgestaltung der Gebäudekonzeption frei sei. Entscheidend sei die realistische Einschätzung der Entwicklung vor Ort. Eine Genehmigung werde nicht versagt, sofern die Konzeption plausibel und finanzierbar sei.

Pfr. Dirk Spornhauer fragt zum Bereich Kirchenland, ob Mittel aus dem Kirchenvermögen auch für Pfarrvermögen eingesetzt würden. **Oliver Berg** erläutert, dass keine Unterscheidung zwischen verschiedenen Kirchenvermögen vorgenommen werde. **Pfr. Spornhauer** ergänzt den Hinweis, dass Versorgungsbetriebe darüber nachdächten, Kirchendächer mit Photovoltaik auszustatten. **Oliver Berg** entgegnet, dass die

praktische Umsetzung sich als schwierig erwiesen habe und entsprechende Modelle inzwischen teilweise unrentabel seien.

Pfr. Steffen Post dankt für die Ausarbeitung der Richtlinie und insbesondere für deren Ausweitung auf weitere Bereiche. Er fragt, warum für Gebäude eine Konzeption erforderlich sei, nicht jedoch für Mobilität oder Beschaffung. Zudem vermisst er eine klare Regelung zum Umgang mit den bisherigen, den Gemeinden zugeordneten Mitteln. Er weist auf die kommunale Wärmeplanung hin, die bei Entscheidungen hilfreich sein könne, und kritisiert die pauschale Priorisierung von Fernwärme, da örtliche Gegebenheiten stärker berücksichtigt werden müssten. Außerdem erkundigt er sich nach staatlichen Fördermöglichkeiten für kirchliche Gebäude.

Thomas Steinle antwortet, dass es Fördermöglichkeiten gebe, allerdings nicht für Kirchengebäude selbst, sondern beispielsweise für Gemeindehäuser mit einer Förderquote von rund 30 Prozent. Fernwärme werde empfohlen, da die Verantwortung für die CO₂-Bilanz beim Anbieter liege.

Paul Gerhard Loos berichtet aus eigener Erfahrung, dass Gebäude religiöser Nutzung bei Förderprogrammen der KfW und der BAFA nicht berücksichtigt würden. Er schildert Überlegungen zum Bau eines Hackschnitzkraftwerks, die jedoch weder bei der Kommune noch bei Betreibern auf Interesse gestoßen seien. Er betont, dass der kirchliche Auftrag nicht im Energieverkauf liege. Zudem fragt er, ob der Klimafonds nicht leerzulaufen drohe, wenn viele Kitas gleichzeitig energetisch saniert würden, und was geschehe, wenn die Mittel ausgeschöpft seien.

Oliver Berg erklärt, dass dem Fonds jährlich etwa 800.000 Euro aus der Klimapauschale zufließen. Eine Umsetzung könne daher nur schrittweise erfolgen.

Jochen Wahl macht deutlich, dass er den Richtlinien grundsätzlich zustimmen könne, schlägt jedoch vor, die Übergangszeit bis 2027 zu verlängern. Er fragt nach, ob Anträge bis Ende 2026 gestellt werden müssten und wann die Umsetzung erfolgen könne.

Thomas Steinle stellt klar, dass die Antragsstellung fristgebunden sei, der Zeitpunkt der Umsetzung jedoch nicht.

Pfr. Frank Boes weist darauf hin, dass die Frist Ende 2026 erheblichen Druck erzeuge. Er verweist auf ein Modell aus der Landeskirche Württemberg, das als Arbeitshilfe für Gebäudekonzepte dienen könne. Sobald eine solche Konzeption vorliege, werde es deutlich einfacher, konkrete Schritte in Richtung Klimaneutralität zu planen.

LKR Dr. Jan-Dirk Döhling äußert großen Respekt für die Erarbeitung der Richtlinie und die Ernsthaftigkeit des Anliegens. Er betont die Verantwortung des Kirchenkreises und hebt hervor, dass dieser bereits früh begonnen habe, sich dem Thema zu stellen. Er regt an, die Klimapauschale auch als „Zukunftspauschale“ zu verstehen, da sie sowohl zur Bewahrung der Schöpfung beitrage als auch die Haushalte schütze. Mit Blick auf die Richtlinie schlägt er vor, eine Evaluation vorzusehen und gegebenenfalls eine zeitliche Befristung der Gültigkeit zu erwägen.

Hartmut Heinbach stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Beendigung der Debatte. Der Antrag wird mit zwei Gegenstimmen und mehreren Enthaltungen angenommen.

Supn. Grünert stellt den Beschluss zur Abstimmung, die Übergangsregelung auf den 31.12.2027 zu ändern.

Beschluss Nr. 6:

Die Synode beschließt bei vier Gegenstimmen und einigen Enthaltungen die Änderung der Übergangsfrist der Richtlinie zur Verwendung der Klimapauschale auf den 31.12.2027.

Supn. Grünert stellt die Richtlinie mit der geänderten Übergangsregelung zur Abstimmung.

Beschluss Nr. 7:

Die Synode beschließt die neue „Richtlinie zur Verwendung der Klimapauschale im Ev. Kirchenkreis Siegen-Wittgenstein“ mit Wirkung vom 01.01.2026 mit fünf Gegenstimmen und sechs Enthaltungen.

TOP 10 Substanzerhaltungsrücklage – Antrag der Kgm. Um den Kindelsberg zur Sommersynode am 25.06.2025

Verwaltungsleiter **Oliver Berg** übernimmt die Einbringung und führt in den Sachverhalt und den Antrag ein.

Beschluss Nr. 8:

Die Synode möge beschließen, die Ausführungen des kreiskirchlichen Finanzausschusses zu diesem TOP zur Kenntnis zu nehmen und dies auch der Kirchengemeinde um den Kindelsberg mitzuteilen. Eine weitergehende Befassung mit dem Thema ist daher nicht mehr notwendig.

Einstimmig angenommen.

TOP 11 Nachwahlen, hier:

Erläuterungen zu den Wahlen

Monika Benfer, stellv. Vorsitzende des Finanzausschusses erläutert das Wahlverfahren und schlägt Frau Nickel zur Wahl vor. Frau Nickel, Kirchengemeinde Emmaus, stellt sich kurz der Synode vor.

11.1 Finanzausschuss, hier: Nachwahl Fr. U. Nickel, Kgm. Emmaus-SI

Supn. Grünert fragt die Synode, ob es Nachfragen gibt. Dies wird verneint.

Beschluss Nr. 9:

Frau Ulrike Nickel, SR 3 – Kgm. Emmaus-SI wird bei einer Enthaltung in den Finanzausschuss gewählt.

Ulrike Nickel nimmt die Wahl an.

TOP 12 Anträge

12.1 Kgm. Neunkirchen, hier: Antrag auf Reduzierung der Mitglieder im Finanzausschuss von 12 auf 9/Pfr. Dr. T. Elkar

Pfr. Dr. Tim Elkar erläutert die Situation im Finanzausschuss. Trotz der Nachwahl unter TOP 11.1 ist es nicht gelungen, 12 Mitglieder für den Finanzausschuss zu gewinnen. Um die Abstimmungsfähigkeit zu erhalten, ist daher eine Reduzierung der satzungsmäßigen Mitglieder sinnvoll.

Beschluss Nr. 10:

Die Kreissynode folgt dem Antrag der Kgm. Neunkirchen und reduziert die Stellen im kreiskirchlichen Finanzausschuss von 12 auf 9.

Die Kreissynode stimmt dem Antrag bei einer Enthaltung einstimmig zu.

12.2 Antrag an die Synode zur Änderung der kreiskirchlichen Finanzsatzung/Hr. O. Berg, Verwaltungsleiter

Oliver Berg erläutert die Situation. Der Beschluss zur Reduzierung des satzungsmäßigen Mitgliederbestandes im Finanzausschuss unter 12.1 erfordert eine Änderung der Finanzsatzung.

Beschluss Nr. 11:

Der KSV beschließt: Die Synode möge – im Falle eines positiven Beschlusses zum Antrag der Kgm. Neunkirchen - folgende Änderung zur Finanzsatzung des Ev.

Kirchenkreises Siegen- Wittgenstein beschließen:

§ 1 – Änderung des § 2 Abs. 1 S.1

„Der Finanzausschuss besteht aus neun Mitgliedern.“

§ 2 – Inkrafttreten

„Diese Satzung tritt nach Genehmigung durch das Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Veröffentlichung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft.“

Einstimmig angenommen.

12.3: Kgm. Neunkirchen, hier: Antrag an die Landessynode zum Klimaschutzgesetz/Pfr. Dr. T. Elkar

Pfr. Dr. Tim Elkar übernimmt die Einbringung.

Situation & Begründung (s. Vorlage)

Das bisheriges Klimaschutzgesetz, auf das sich der folgende Beschlussvorschlag bezieht: Zu § 3 Klimaschutzgesetz der EKvW (KliSchG), Punkt 2 - (unverändert): „Alle in der THG-Bilanz ausgewiesenen THG-Emissionen sind spätestens ab dem 31. Dezember 2035 in voller Höhe jährlich zu kompensieren. Das Reduktionsziel aus Absatz 1 bleibt davon unberührt.“

Im bisherigen Kirchengesetz wird nur dargelegt, dass die in der THG-Bilanz ausgewiesenen THG-Emissionen spätestens ab dem 31. Dezember in voller Höhe jährlich zu kompensieren sind. Offen ist sowohl die Frage, wer dies zu tun hat, als auch an wen die Kompensation geleistet werden soll.

Mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag soll die Frage, wer die Kompensation leistet, dahingehend beantwortet werden, dass dies jede Körperschaft der Kirche für sich selbst kompensiert. Körperschaften der Kirche sind gemäß KO 4 „die Evangelische Kirche von Westfalen, die Kirchenkreise, die Kirchengemeinden und die kirchlichen Verbände“. Der Beschlussvorschlag folgt dem Verursacherprinzip, so dass jede Körperschaft, die von ihr selbst verursachten THG-Emissionen begleichen muss. Dies stärkt das Bewusstsein für die Wichtigkeit der Bewahrung der Schöpfung durch die THG-Emissionsreduzierung auf allen Ebenen unserer Kirche. Zudem bietet das vorgeschlagene Verfahren auch einen Anreiz, sich um die eigene THG-Bilanz zu kümmern.

In den verschiedenen synodalen Finanzausgleichen gibt es sowohl Haushalte, die nach Bedarf gedeckt werden, als auch solche, die budgetiert sind. Bei beiden soll es so sein, dass die jeweilige Körperschaft aus den ihr schon zugewiesenen Mitteln die finanzielle Kompensation vornimmt. Lasten sollen von denen getragen werden, die sie verursachen. Gleichzeitig sollen auch diejenigen, die sich um die Bewahrung der Schöpfung besonders bemüht haben und keine THG-Emissionen mehr erzeugen nicht durch die belastet werden, denen die Bewahrung der Schöpfung weniger wichtig ist.

Aussprache

Pfrn. Barbara Plümer-Hohenstein fragt nach: Wer sind in diesem Fall „Dritte“. **Pfr. Tim Elkar** erwidert, dass Dritte beispielsweise Mieterinnen und Mieter sein können, die Emissionen verursachen.

LKR Dr. Jan-Dirk Döhling dankt für den Antrag und den Hinweis auf das Problem, das im jetzigen Gesetzestext stecke, welches gelöst werden muss. Aber er fügt hinzu: „Wir tragen auch Lasten gemeinsam“. Aber er betont, dass das Problem damit präzise beschrieben sei und er ergänzt, dass bis 2036 auch noch Zeit sei, sodass er die Hoffnung habe, dass wir möglichst wenig kompensieren müssen.

Superintendentin Grünert stellt den Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss Nr. 12:

Jede Körperschaft der Kirche kompensiert für sich die von ihr verursachten THG-Emissionen in voller Höhe. Diese Kompensierung muss aus dem für die Körperschaft festgelegten Budget bzw. Bedarf erfolgen. Eine Erhöhung des Budgets oder des Bedarfs wegen der Kompensation von THG-Emissionen wird ausgeschlossen. Die Körperschaft übernimmt keine Kompensation von THG-Emissionen, die durch Dritte, entstanden sind. Das Presbyterium der Evangelisch-Reformierten Kirchengemeinde Neunkirchen bittet die Kreissynode des Kirchenkreises Siegen-Wittgenstein sich diesen Antrag zu eigen zu machen und diesen Antrag auf der Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen einzubringen.

Bei sechs Enthaltungen einstimmig angenommen.

TOP 13 Verschiedenes

Supn. Grünert fragt nach Ankündigungen.

Silke Grübener lädt zu zwei Veranstaltungen im Abenteuerdorf ein. 25. Januar 2026 ein Angebot von Frauen für Frauen. Für alle am 15.02.2026 zum Abschluss des Jubiläumsjahres ein Brunch.

Günther Albrecht: Herzliche Einladung zum Weihnachtsliedersingen im Leimbachstadion am 13. Dezember ab 16.30 Uhr.

TOP 14 Verabschiedungen

Die Superintendentin bittet die beiden Pfarrern, die letztmals bei einer Synode sind, nach vorne. Dies sind in alphabetischer Reihenfolge **Pfrn. Susana Riedel-**

Albrecht und **Pfrn. Almuth Schwichow**. Sie verabschiedet die Genannten mit Dankesworten und Blumen.

TOP 15 Synodenende

Supn. Grünert schließt die Sitzung der Synode um 16.40 Uhr. Sie lädt zur Synodalversammlung am 24. April und zur nächsten Synode am 24. Juni 2026 ein. Sie dankt der Bildungsstätte Wilgersdorf. Sie dankt dem Tagungsbüro für die Vorbereitung und Durchführung. Sie wünscht allen eine frohe und gesegnete Adventszeit.

Die Synode erhebt sich zu „Verleih uns Frieden gnädiglich“.
Superintendentin Kerstin Grünert schließt mit dem Segen.

Anwesende

An der Synode und den Abstimmungen haben folgende stimmberechtigte Mitglieder teilgenommen (nicht stimmberechtigt Anwesende sind unterstrichen):

KSV

Dirk Appenzeller
Pfr. Thies Friederichs
Pfrn. Kerstin Grünert
Cornelia Dreute-Krämer
Dirk Hermann
Ulrike Steinseifer
Tim Mayer-Ullmann
Pfrn. Rebecca Müller
Svenja Rinsdorf
Pfr. Jochen Wahl

Solidarraum 1

Pfr. Bernd Münker
Pfr. Thomas Weiß
Dorothea Stücher
Heike Bruch
Wolfgang Müller
Evelyn Rose-Oerter

Solidarraum 2

Pfr. Martin Ditthardt
Jutta Horwath
Christoph Klein
Pfr. Dr. Tim Elkar
Pfr. Martin Schreiber
Anne-Katrin Jung
Mareike Baumgarten
Pfr. Rainer Heuschneider
Ute Kluczyk

Solidarraum 3

Pfrn. Susana Riedel-Albrecht
Pfr. Gerd Hafer
Jonas Grabbet (Probedienst)
Pfr. Michael Goldau
Ulrike Nickel

Corinna Speicher
Matthias Knetsch
Juliane Kretzer-Hering

Solidarraum 4

Pfrn. Lea Klaas
Jürgen Narbutt
Pfr. Stefan König
Pfrn. Annegret Mayr
Pfr. Ralf Prange
Ingrid Krämer
Ulrich Bernshausen
Heike Katz
Margret Kretzer

Solidarraum 5

Pfr. Thomas Ijewski
Sigrun Reifenberger
Elke Schwarz
Pfr. Michael Junk
Paul Gerhard Loos
Pfr. Andreas Hoenemann
Siegfried Lorsbach
Pfr. Andreas Chaikowski
Martina Walter
Dietrich Müller
Dorothea Komma
Pfr. Dr. Christian Schwark
Wolfgang Post

Solidarraum 6

Pfr. Frank Boes
Pfr. Dr. Martin Klein
Pfrn. Almuth Schwichow
Hartmut Heinbach
Katja Mohn
Ralf-Martin Schnutz

Pfrn. Karin Antensteiner
Pfr. Martin Hellweg
Tim Schuhmacher
Wolfgang Klein

Solidarraum 7

Pfrn. Angelika Schmidt
Pfr. Jochen Ahl
Christa Gehring
Stefan Holle
Anke Petz
Constanze Siebel
Pfr. Andreas Weiß
Pfr. Christian Weber
Andrea Müller

Solidarraum 8

Pfr. Steffen Post
Monika Benfer
Carmen Jäger (Probedienst)
Silvia Dörr
Pfr. Jaime Jung
Anne Rath
Pfr. P. Liedtke
Doris Weber
Jonas Pfeiffer
Pfr. Oliver Lehnsdorf
Jens Kördel
Florian Ruppel

Solidarraum 9

Pfr. Dr. Dirk Spornhauer
Thomas Dienst
Pfrn. Christine Liedtke
Ulrike Kloft
Margot Dörnbach
Klaus Saßmannshausen
Nils Weinbrenner
Pfrn. Roswitha Scheckel
Pf. Rafael Dreyer
Andrea Pacholik
Pfrn. Berit Nolting

Petra Müsse
Ingo Hackler
Lothar Putsche
Rosmarie Raeggel
Patrick Bloy

Kreiskirchliche Pfarrstellen

Pfr. Armin Neuser-Moos
Pfr. Dietrich Hoof-Greve
Pfrn. Bärbel Knecht
Pfrn. Silke Panthöfer
Pfr. Ralph van Doorn
Pfr. Dr. Andreas Kroh
Pfr. Volker Schubert
Pfr. Thomas Rabenau

Berufene Mitglieder

Gerlinde Schäfer
Stefan Haus
Dorothea Messerschmidt
Pfr. i.R. Günther Albrecht
Pfr. Barbara Plümer-Hohenstein
Arnd Kretzer
Pfrn. Claudia Latzel-Binder
Pfr. Sven Fröhlich
Silke Grübener
Jörn Dickel
Oliver Berg

Mit beratender Stimme

LKR Dr. Jan-Dirk Döhling
Daniel Seyfried
Karsten Schreiber
Daniel Seyfreid
Heiner Häcker
Beate Brinkmann
Heike Dreisbach
Christoph Münker
Volker Peterek
Peter Scholl
Jan Siegesmund